

Kramgasse 2, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 388 87 87, Telefax 031 388 87 88
www.bern-cci.ch

Unser Zeichen jw
E-Mail jasmin.waldvogel@bern-cci.ch

Versand per E-Mail:
vernehmlassung.paket-ch-eu@eda.admin.ch

Bern, 29. Oktober 2025

Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU» – Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrte Damen und Herren

Als wichtige Wirtschaftsorganisation im Kanton Bern erlaubt sich der Handels- und Industrieverein des Kantons Bern (HIV), eine Stellungnahme zur Vernehmlassung zum Verhandlungsergebnis über das Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz – EU» und der innenpolitischen Umsetzung einzureichen.

I. Ausgangslage

Am 13. Juni 2025 hat der Bundesrat die im Jahr zuvor mit der EU ausgehandelten Abkommenstexte gutgeheissen und die Vernehmlassung zum Paket Schweiz–EU eröffnet. Das Paket umfasst neben den Abkommen auch die Gesetze, die die innerstaatliche Umsetzung ermöglichen, darunter die flankierenden Massnahmen.

II. Stellungnahme

Der HIV bekennt sich grundsätzlich zum bilateralen Weg und zu einer verlässlichen, stabilen Beziehung zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Für den Kanton Bern als export- und forschungsstarke Wirtschaftsregion ist der Zugang zum europäischen Binnenmarkt von zentraler Bedeutung. Das vorliegende Vertragspaket enthält aus Sicht des HIV Kanton Bern sowohl positive als auch kritische Elemente.

Positiv bewertet

- Der Marktzugang zum EU-Markt wird gesichert.
- Die Weiterentwicklung des MRA ist für die Schweiz – und insbesondere für den Kanton Bern als Export- und Forschungsstandort – essenziell, da in 20 Sektoren die Notwendigkeit einer zweiten Konformitätsprüfung in der EU entfällt.
- Die EU-Förderprogramme gehören zu den weltweit renommiertesten Programmen für Bildung, Forschung und Innovation. Sie sind für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Bern von grosser Bedeutung.

Kritisch bewertet

- Die vorgesehenen Massnahmen zum Lohnschutz schränken den liberalen Arbeitsmarkt ein und gehen zu stark auf die Forderungen der Gewerkschaften ein. Für den HIV ist zentral, dass die liberalen Rahmenbedingungen des Schweizer Arbeitsmarktes gewahrt bleiben.
- Zur Zuwanderung braucht es eine klare Schutzklauselregel, die den Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung trägt und gleichzeitig eine Unterwanderung des Sozialstaates verhindert.
- Dass das Ständemehr bisher nicht vorgesehen ist, erachtet der HIV als problematisch und fordert ausdrücklich dessen Anwendung, weil es ein zentrales Element der föderalistischen Ordnung und der politischen Stabilität der Schweiz ist.

III. Appell an Sachlichkeit und Verantwortung

Die Umsetzung der innenpolitischen Massnahmen liegt nun in der Verantwortung der nationalen Politik, um verlässliche und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu sichern. Der HIV ruft die politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf, nun mit Weitsicht zu handeln und auch den kritischen Punkten Rechnung zu tragen.

Freundliche Grüsse

Handels- und Industrieverein des Kantons Bern



Henrik Schoop
Direktor



Jasmin Waldvogel
Stv. Direktorin, Leiterin Recht und Politik